

„Die Gesellschaft darf nicht weiter auseinanderdriften.“ Das ist die Kernaussage, mit der Dietmar Nietan als SPD-Kandidat für den Kreis Düren in den Wahlkampf geht. Bei seiner Nominierung als Bundestagskandidat auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 13. März in Düren machte er deutlich: Klimawandel und Strukturwandel sind die zentralen Themen der SPD-Politik. In diesen Bereichen muss es echten Fortschritt geben: Umstrukturierungen, die den Menschen dauerhaft Aussicht auf eine gute Zukunft geben. Deshalb ist der Klimawandel kein rein ökologisches Problem, deshalb geht es bei Strukturwandel nicht nur um Modernisierung.

Wir müssen gute Arbeitsplätze schaffen, wir müssen in Bildung und Infrastruktur investieren und für stabile Sozialsysteme sorgen. Niemand hat in diesen Bereichen in den letzten Jahren so viel auf den Weg gebracht wie die von der SPD geführten Ministerien. Die gewaltigen Herausforderungen lassen keinen Platz für Ideologien und erst recht nicht für Aussitzen und Klientel-Politik. Wie das konkret gemeint ist? Hier weiterlesen: www.zukunftfuerdich.de. (Oben ist die Show, unten auf der Seite gibt es den Entwurf als Download.) Manches wird nicht jedem gefallen, ist aber vernünftig (Beispiel Tempolimit), manches finden bestimmt alle gut und es ist sogar finanzierbar (Beispiel Kindergelderhöhung), vieles muss man wollen und durchsetzen, auch wenn es das Bohren von dicken Brettern bedeutet (gerechtere Arbeitsverhältnisse, mehr Klimaschutz, bessere Infrastruktur).

Keine Frage, dass Dietmar Nietan in der Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier seine besondere Aufgabe sieht. Hier ist viel zu tun: Während es im Bereich der Ansiedlung von Forschung und Entwicklung sehr erfreulich vorangeht – kein Wunder in der Wissenschaftsregion rund um Jülich –, ist keine Förderstrategie zur sonstigen Ansiedlung von Arbeitsplätzen zu erkennen. Projekte, die eigentlich in die Zuständigkeit von Bundes- und Landesministerien gehören, sollen plötzlich aus Mitteln finanziert werden, die für den Strukturwandel gedacht sind. Das gilt für einen Teil der Forschungseinrichtungen, aber auch für die Finanzierung der Westspange Köln, von der das Verkehrsministerium sich gerade still und leise zurückzieht. Und die CDU-FDP-geführte Landesregierung segnet das ab. Wenn unsere Region nicht zu kurz kommen soll, ist also Wachsamkeit gefragt.

